Lecha Caunty Patriot.

Allentaun, Pa., 3. März, 1868.

Als nächster President:

Ulysses S. Grant,

General der Armee der Vereinigten Staaten.

Als Vice-President:

Andrew G. Curtin,

Von Pennsylvanien.

Wahltag am 10ten November, 1868.

Andrew Johnson und der Congreß.

Wir geben hier nachfolgend unsern Lesern alles Wissenswerthe, daß sich neulich in Washington, bezüglich auf Andy Johnson, den Congreß, die Absetzung Stanton's und die Impeachment-Frage bisher zugetragen hat, damit der Leser, obschon dies etwas spät ist, aber doch auch nicht bälder geschehen konnte, sodann mit allen Vorfällen, so wie auch den Prophezeihungen für die Zukunft bekannt werden wird. Die Nachrichten haben sich etwas in die Länge gezogen, allein dieselben sollten dennoch von Allen sorgfältig durchgelesen werden.

Die Zustände in Washington.

Am Vorabende des Tages, an welchem der 136ste Geburtstag des Vaters des Vaterlandes festlich begangen werden sollte, als alle treuen und loyalen Bürger der großen Republik mit stiller Dankbarkeit und Bewegung des Mannes gedachten, welcher uns die Freiheit, das köstliche Gut des Menschen, sicherte, sandte sein unwürdiger Nachfolger, der Zufallspräsident Andrew Johnson, an den Senat der Ver. Staaten die Mittheilung ein, daß er den Kriegsminister Stanton seines Amtes entsetzt und eine seiner willigen Creaturen an deßen Stelle ernannt habe. Mit dieser Maßregel hat er sich als offenen Feind der Union erklärt, indem er einem unzweideutig ausgesprochenen Gesetze des Congresses Hohn sprach; denn am 2. März 1867 hatte ein Akt gesetzliche Kraft erhalten, welcher zum Zweck der Regulirung der Amtsdauer gewisser Civilbeamten vom Congreß passirt war. Da der Kriegssekretär E. M. Stanton zu den Civilbeamten gehört, so findet sein Fall auf das erwähnte Gesetz Anwendung. Nach letzterem aber soll Derjenige, welcher dieses Gesetz übertritt, mit einer Geldstrafe von nicht mehr als $10,000 oder einer Gefängnißstrafe von nicht mehr als 5 Jahren oder mit Beiden, je nach dem Gutachten des Gerichts belegt werden.

Es ist dem Presidenten nur dann gestattet, einen vom Senate bestätigten Beamten zu entsetzen, wenn der Senat nicht in Sitzung ist. — Der Senat war aber zur Zeit der Absetzung des Kriegssekretärs nicht nur in Sitzung, sondern hatte auch bei der schon einmal versuchten Suspension desselben Beamten seine Mißbilligung über diesen Schritt durch Verweigerung der vom Presidenten angeordneten Maßregel klar ausgesprochen.

Daß der President also straffällig ist, ergibt sich schon aus dem Wortlaute des Gesetzes. Um ihn für diese Mißachtung büßen zu lassen, gibt es nur einen Weg, den auch die Reconstruktionscommittee dem Hause der Repräsentanten am vergangenen Samstag vorschlug: Das Impeachment.

Das Würfel ist gefallen.

Der Würfel ist gefallen! Vorbei ist die trübe Ungewißheit, welche uns so manche bange Stunde verursachte; in den Anklagezustand versetzt ist der Mann, welcher der Republik gefährlich zu werden anfieng, indem er die höchsten Gesetze des Landes verhöhnend mit Füßen trat. — Mit einer großen Mehrheit mit 126 gegen 47 Stimmen, hat das Haus der Repräsentanten am 24sten Februar den Beschluß angenommen welche den weiteren ungesetzlichen Handlungen des Zufallspräsidenten ein schnelles Ziel setzt und ihn selbst vor die Schranken des Senats, seines Richters weist.

Während bei früheren Eingriffen des Andrew Johnson in die Rechte des Volkes und dessen Vertreter, der Congreß, eine Milde walten ließ, die Vielen unbegreiflich erschien, erkannte er bei dem jüngsten verrätherischen Schritte des Usurpators, daß bei längerem Verweilen des Letzteren im Amte „das Vaterland in Gefahr gerathe.“ Und einstimmig erhoben sich die treuen loyalen Bürger der Republik; einstimmig faßten sie den Beschluß, der allein den ewigen Unruhen ein sicheres Ende machen konnte: sie klagten den Presidenten der Verbrechen an, die er begangen.

Die Folgen dieses Schrittes legten wir unsern Lesern schon in einem andern Artikel dar. Was jeder wahre Republikaner schon seit langer Zeit herbeisehnte, ist geschehen; Andrew Johnson ist unschädlich gemacht. Jetzt endlich können wir mit Ruhe den Frieden genießen: denn jene Drohungen der Demokraten mit einem Kriege sind lächerlich und waren nur darauf berechnet, die Vertreter des Volkes einzuschüchtern. Zu machtlos, um mehr zu erzielen, als durch Worte prahlen, müssen sie, wenn auch mit Ingrimm, der großen Mehrheit der republikanischen Partei weichen, die durch diesen muthigen Schritt ihrer Vertreter neue Kraft erhält, und mit desto siegreicheren Truppen in die nächste Wahlschlacht ziehen wird. Hoffnungsvoll blicken wir jetzt in die Zukunft, denn das Recht und die Freiheit haben, wenigstens soweit gesiegt.

Wie Andrew Johnson über das Impeachment denkt.

Andrew Johnson hat nicht verfehlt, auch bei der gegenwärtigen ernsten Lage der Dinge, in seiner gewohnten und der seiner Stellung höchst unwürdigen Art, durch Zeitungscorrespondenten, die sich geschmeichelt fühlen, ihre Füße unter seinen Tisch stecken zu dürfen, und ihm dafür in allem zu Willen sind, seine Tischgespräche, die vielleicht schon unter dem Einfluße des „Feuerwassers“ geführt wurden, in alle Welt hinaus posaunen zu lassen.

So erzählt denn eine dieser Creaturen, dem Correspondenten des „New York Herald,“ der es auch pflichtschuldigst „berichtet,“ Folgendes:

Das Volk werde wohl überrascht sein. Aber er habe nur einen lang gehegten Plan ausgeführt. Gezögert habe er nicht aus Furcht vor Impeachment; denn er fürchte nichts was der Congreß thue, obgleich er glaube, daß dieser zu Allem fähig sei.

Die Gründe der Suspension Stanton's habe er dem Senate nur aus Höflichkeit (!) nicht aus Anerkennung der Amtsdauerbill eingesandt.

Sein, des Presidenten, Entschluß, Stanton abzusetzen, sei nicht im Cabinette discutirt worden. Man habe sich dort nur vor einiger Zeit im Allgemeinen verständigt und die Absetzung stimme mit dieser Verständigung überein.

Ihn kümmere ein Impeachment nichts. Widerstand werde er jedoch nur dann leisten wenn der Congreß die Edmunds'sche Bill durchsetze und ihn nach dem Impeachment suspendire; denn die Edmunds'sche Bill sei ungerecht, sie sei ein ex post facto Gesetz und solche Gesetze verbiete die Constitution ausdrücklich.

Wiederholt erklärte der President in derselben mit seiner Erlaubniß veröffentlichten Unterredung, es sei ihm ganz gleichgültig, was der Congreß in der Impeachmentfrage thue. Keine Furcht werde seinen Schlaf stören.

General Grant und die Crisis.

Wenn irgend eine Erklärung über die Stellung, welche General Grant in der gegenwärtigen Crisis einnimmt, nöthig wäre—und schwerlich wird Jemand darüber in Zweifel sein, — so möchte sie in der Thatsache gegeben sein,

Daß Grant eine specielle Order an alle Commandanten von Militärposten gesandt hat, in der er ihnen Gehorsam für die kürzlich im Congreße passirte Bill, welche bestimmt, daß alle Befehle an die Armee der Ver. Staaten durch seine Hände gehen müssen, einschärft. Er verbietet den Offizieren ganz ausdrücklich, irgend welche Orders, die ihnen aus andern Quellen zugehen, Folge zu leisten. Es ist dies wahrscheinlich auf Veranlassung eines neuen „Tricks“ Andrew Johnson's geschehen, welcher die Obersten Wallace und Emory zu sich beschieden und für seine Sache zu gewinnen versucht hatte. Er sandte freilich sofort, als es ruchbar geworden war, Notiz an Gen. Grant, daß er nicht im Entferntesten beabsichtigt habe, sich in dessen Dienstangelegenheiten zu mischen, sondern nur eine Erklärung über die durch Grant angeordneten Truppenbewegungen gewünscht habe, doch glaubt man Johnson's Versicherungen nicht, wenn man auch über seine Frechheit im Lügen nicht mehr erstaunt.

Ueber die Stellung welche Grant, Johnson's Usurpation gegenüber einnehmen wird, kann also kein Zweifel herrschen. Treu und fest wird er an den constitutionellen Gesetzen des Congresses festhalten und sie aufrecht erhalten, und wie er schon einmal die Rebellion unterdrückt, so wird er auch jetzt wieder, wenn es nöthig werden sollte, Ruhe und Frieden im Lande herstellen.

Pennsylvanien in der Stunde der Gefahr.

Der anerkannte und bewährte kriegerische Sinn des Keystone Staates ist durch die wichtigen und aufregenden Nachrichten aus Waschington in hohem Grade erregt worden. Wie im April 1861 sind auch jetzt die Söhne Pennsylvanien's bereit, die Majestät der Gesetze und den Ruhm unseres Vaterlands, wenn nöthig, mit der Kraft ihrer Aerme und mit der Schärfe ihrer Waffen zu unterstützen und aufrecht zu erhalten. Der wahre Patriotismus flammt wieder auf, die Herzen schlagen schneller für das Vaterland, das in Gefahr ist und wie damals, wird auch jetzt die Schlange der Rebellion zertreten, und das Ansehen unserer glorreichen Nation durch die Tapferkeit und den Muth der Getreuen bewahrt werden. Ueber die Stimmung des Volkes in Pennsylvanien giebt eine Depesche des Gouverneur Geary an einen unserer Vertreter im Senate beredtes Zeugniß. Sie lautet:

Harrisburg, 22. Febr., 1868.

Der Geist und die Ideen von '61 scheinen den Keystone Staat auch heute wieder zu durchdringen. Freiwillige bieten stündlich ihre Dienste an, um die Gesetze zu unterstützen. Möge der Congreß feststehen.

John W. Geary.

In gleichem Sinne hat auch der Gouverneur von Illinois, dem Geiste und den Gefühlen, die unsere Brüder in jenem Staate durchdringen, Ausdruck gegeben.

Es sind dies nicht nur schöne Worte, nein es sind Thatsachen. Illinois und Pennsylvania können stolz darauf sein, in der Reihe der Patrioten und Beschützter des Rechts zuerst zu stehen Wohl wünschen und hoffen wir, daß die Hülfe jener Braven und Tapferen nicht nothwendig sei, die Ordnung wieder herzustellen und die Nation vor Unglück zu bewahren. Wehe aber, wenn sie doch nöthig, wehe denen, die dazu die Veranlassung gegeben, die mit frevelnder Hand an den Säulen des Staates gerüttelt, die Ehre der Nation angetastet und die Erhabenheit der Gesetze und der Constitution beschimpft haben! Wehe! rufen wir. Auch sie werden erkennen, daß die Majestät des Volkes nicht ungestraft verletzt werden darf, auch sie werden von den Getreuen des Vaterlandes in den Staub gebeugt werden!

Die Demokraten von ehemals und von heute.

Zufolge der Ideen, die Thomas Jefferson in seiner unsterblichen Inauguraladresse ausgesprochen hat, sind die Demokraten von heute die Verfechter und die Sklaven der Aristokratie, während die Republikaner gerechten Anspruch haben, die Vertheidiger der Freiheit und des Fortschritts genannt zu werden. Erst zwanzig Jahre nach dem Tode jenes berühmten Patrioten ging der Prozeß der Verwandlung vor sich. Als nach dem Tode Jackson's, der mit seltener Festigkeit die republikanischen Ideen von heute verfocht, die Aristokratie des Südens vollständige Herrschaft über die demokratische Partei erlangte, da war die Umwandlung besiegelt. Die Aristokratie mißbrauchte ihre Gewalt und zwang das Land zu einem schmählichen Bürgerkriege. Alle die Urheber der Rebellion waren Demokraten, die von 1841 an, dem Ende der Administration Van Burens alle ihre Macht und Kraft anstrengten, die Constitution zu einem willigen Werkzeuge der Sklaverei herabzuwürdigen. Dies gelang ihnen freilich nicht; es mußte daher auf ein anderes Mittel gesonnen werden, um ihre an dem Wohle des Landes nagende Herrschaft zu befestigen. Und es wurde gefunden; es hieß: Theilung der Nation, Spaltung der Staaten. Das Gebäude, das mit so großen Opfern aufgebaut worden und dessen einzelne Steine mit dem Blute der Söhne des Vaterlandes zusammengekittet waren, es sollte eingerissen werden; von dem Körper, der jugendlich frisch blühte und sich seiner Kraft in der Jugendstärke seiner Glieder vollbewußt war, sollten Glieder losgetrennt werden. Dies war ihre Absicht, die mit Eifer und mit einer besseren Sache würdiger Festigkeit und Ausdauer verfolgten, nicht bedenkend, daß das stürzende Gebäude vielleicht auch sie im Schutte begraben und der große Staatskörper an den schweren Wunden, die ihm geschlagen werden sollten, verbluten könne. So stand es um die demokratische Partei vor ungefähr zehn zwölf Jahren. Da begannen denn die besseren Glieder derselben einzusehen, wohin es mit ihnen gekommen, sie sahen den Abgrund, vor dem sie standen und erkannten die Entartung der Partei, die sich einst den Ruhen und das Glück des Vaterlandes als schönstes Ziel vorgesteckt hatte. Sie verließen dieselbe und gingen zur Gegenpartei über. Dies war der Todesstoß für die demokratische Partei. Sie mußte, verlassen von ihren festesten Stützen und nur noch geleitet von wüthenden, fanatischen Parteileppern, sie mußte, sagen wir, besiegt werden, und wurde es auch.

Das schwer geprüfte und heimgesuchte Land glaubte nun Ruhe zu haben, die Rebellion lag im Staube, während das Gebäude, dessen Einsturz sie ja erstrebt hatte, fester stand, denn je. Da auf einmal bewirkt die blutige Hand eines Mörders ein Wiederaufleben dieser gesunkenen Partei. Andrew Johnson, der durch einen unglücklichen Zufall zur Herrschaft gelangte, er war es, der die demokratische Partei wieder ermuthigte, ihr hilfreiche Hand leistete bei den Angriffen auf die Constitution und die Gesetze des Landes und der selbst zum Verräther geworden ist. Alle die alten Ideen, deren gewaltsame Durchführung Seitens der Demokraten zum Bürgerkriege führte, sie tauchen wieder auf. Beschränktes Stimmrecht und vollständige Gleichstellung der Verräther an der Nation mit den besten, treuesten Anhängern derselben, das sind die Losungsworte der demokratischen Partei von heute, während sie es vor 30 Jahren zu ihrem Kriegsgeschrei gemacht hatte, dem Volke allgemeines Stimmrecht zu gewähren. Die Demokraten wissen es gar zu gut, daß ihre Herrschaft nicht von Halt ist und deshalb versuchen sie es, mit Hilfe ihres Mediums, Andrew Johnson, durch Gewaltmaßregeln und Ungesetzlichkeiten eine neue Rebellion heraufzubeschwören.

Weiteres von Waschington.

Die Rebellion des Presidenten.

Reden der Herren Ashley, Cook, Boyer u. Kelsey.

Das Impeachment.

Das Kriegs-Departement.

General Thomas erhält nochmals Befehl, Besitz vom Kriegsbureau zu nehmen.

Thomas ertränkt seinen Kummer im Feuerwasser.

Lange Zeit vor 10 Uhr am Montage waren die Gallerien und Gänge des Hauses dicht gedrängt von Zuhörern. Es herrschte überall große Aufregung. Das Haus nahm die Debatte über das Impeachment auf.

Herr Ashley, Ohio, sprach zuerst: Schon lange habe er es bedauert, daß der President noch nicht angeklagt worden sei. Das Volk werde ausfinden, daß seine letzte That das geringste Verbrechen war, welches er begangen. Der President habe ein Bündniß mit den Feinden der Union geschlossen, die bekanntesten Rebellen in Aemter eingesetzt, und sei Schuld an den Massacres von Memphis und New Orleans. Es wäre seine Absicht, das Land in eine Revolution zu stürzen, wenn seine Ansichten keinen Anklang fänden. — Das Haus stehe einem Manne gegenüber, dessen öffentliche und private Handlungen Verletzungen der Gesetze seien. Hierbei las Herr Ashley Stellen aus einer Rede vor, die er im März vorigen Jahres gehalten hatte. Als vor 2 Monaten die Impeachmentsfrage verworfen worden sei, habe er loyale Männer ermuthigt, Geduld zu haben, bis die Zeit komme, in der die Nation sie verlange. Er gebe seine Stimme für Impeachment, da dasselbe gegen diesen Mann nöthig sei, nicht sowohl wegen der Sicherheit der Republik, als auch um künftigen Presidenten eine Lehre zu geben.

Herr Cook, Ill., stimmt für das Impeachment, da der President das Amtsdauergesetz offenkundig verletzt habe.

Herr Boyer, Pa., sprach gegen das Impeachment. Er glaube, das Volk liebe Herrn E. M. Stanton nicht so besonders, auch sei es gewiß nicht einverstanden mit Reconstruktions-Politik, die willige Staaten ausschließt, damit der Congreß in seinen revolutionären Bestrebungen freien Lauf habe. Die Amtsdauerbill, sei durch den Presidenten nicht verletzt worden, da Stanton von Abraham Lincoln eingesetzt und von Johnson nur aus Gefälligkeit so lange im Amte gelitten worden sei.

Herr Myers, Pa., bemerkte, der President hätte durch seine letzte That die Constitution verletzt.

Herr Boyer argumentirte, der einzige Mann, der die Amtsdauerbill verletzt habe, sei Edwin M. Stanton.

Herr Kelsey, N. Y., erklärte sich für den Beschluß, da es das Recht fordere, daß der President angeklagt werde. Er sei der Ansicht, den Presidenten während des Anklagestandes zu suspendiren. Gesetzt, der President würde verurtheilt, wie könnte dann das Urtheil ausgeführt werden, da er Gewalt über Armee und Flotte hat? Er halte es für gut, daß ein Gesetz über diesen Punkt erlassen werde.

Sekretär Welles und General-Postmeister Randall besuchten am Montag Morgen den Presidenten und munterten ihn auf, standhaft zu bleiben.

Auch Sekretär Stanton hatte zahlreichen Besuch. Unter den Besuchern war Richter Kelley, welcher mit mehreren anderen Radikalen bis spät in die Nacht hinein bei Stanton blieben.

General Lorenzo Thomas erschien am Montag Morgen im Weißen Hause und der President befahl ihm sogleich, nochmals nach dem Kriegs-Departement zu gehen und die Uebergabe des Bureau von Stanton zu verlangen.

Ersterer begab sich allein dorthin. Gegenwärtig waren zur Zeit Sekretär Stanton, Richter Fischer vom Obergericht des Distrikts und Gen. Howard.

General Thomas sagte dann: „Ich habe Befehl vom Presidenten erhalten, von Ihnen die Uebergabe dieses Bureaus zu verlangen, da ich zum Kriegssekretär ad Interim ernannt worden bin.“

Herr Stanton: „Ich verweigere die Uebergabe, da ich der einzige gesetzliche autorisirte Kriegssekretär bin.“

Thomas verlangte hierauf die Postsachen vom Morgen zu sehen, welche ebenfalls verweigert wurden.

Stanton hatte, nachdem Thomas eingetreten war, die Thüre verschlossen, damit kein Unberufener diese Verhandlungen störe.

Thomas mußte unverrichteter Sache abziehen. Er strich längere Zeit, wie es schien, zwecklos durch die weiten Hallen und wurde dort, da sich deutliche Anzeichen von Trunkenheit bemerken ließen, ein Gegenstand des Spottes und Gelächters der versammelten Beamten, Wachen und Zuschauer, welche gekommen waren, um sich den „Spaß“ anzusehen. Auf Fragen wußte Thomas nichts zu erwidern als: „Es ist gerade dasselbe; Stanton weigert sich, das Bureau aufzugeben, das ist Alles!“

Er begab sich hierauf nach dem Weißen Hause zurück, um dem Presidenten seine Erlebnisse zu erzählen und befindet sich stets mit diesem in „geheimer Berathung.“

Der „Intelligencer,“ Johnsons Organ, letzten Montag, rieth dem Congreße gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen, falls Impeachment gewagt werden sollte. Dieses Blatt erachtet übrigens selbst Impeachment als unvermeidlich und sagt: „Der Tag, an welchem der President in Anklagezustand versetzt wird, wird ein trauriger für die Institutionen dieses Landes sein, wenn nicht das Volk sich mit seiner ganzen Macht und Majestät erhebt, um die Gothen und Vandalen herauszuwerfen, welche den Tempel der Freiheit durch ihre schändlichen Handlungen entweiht haben. Wir würden Klugheit und Nachsicht bis zum letzten Augenblicke anrathen und so lange zu constitutionellen Mitteln unsere Zuflucht nehmen, als dieses sich mit der nationalen Sicherheit verträgt. Aber die Freiheit des Volks, welche jetzt in der größten Gefahr ist, muß auf alle Fälle und um jeden Preis erhalten werden; kein Opfer ist zu groß für ihre Sicherheit und die Zeit möchte nicht fern sein, wenn jeder Patriot genöthigt sein wird, seinen Altar und seinen Heerd zu vertheidigen!“

Aus den Bemerkungen dieser Zeitung ergibt es sich nun ganz klar, was Johnson und seine Freunde beabsichtigten, nämlich die Union unserer Väter auf ewig zu trennen.

Die Debatte über Impeachment.

Reden von den Herren Cake, Beaman, Blair, Driggs und E. B. Washburne.

Gerüchte über Truppen-Bewegungen von Baltimore nach Waschington.

Die Demokraten in New York bereiten sich zur Schlacht vor.

Am Montag sprach der Achtb. Cake für den Beschluß für Impeachment. Er sagte, daß er kürzlich mit seinen Constituenten zusammengetroffen sei und Keinen unter ihnen gefunden habe, der Andrew Johnson rechtfertige. Er glaube, daß die öffentliche Meinung durchweg zu Gunsten der Anklage sei. Länger mit dieser Frage spielen, hieße, mit dem gerechten Verlangen des loyalen Volkswillen zu spielen. Edwin Stanton besitze die Sympathie des ganzen Volkes.

Achtb. F. C. Beaman sprach sich in derselben Weise aus und fügte hinzu, daß der Congreß seit zwei langen Jahren Wache an den Thoren der Freiheit gehalten habe; Andrew Johnson aber renne jetzt in seiner ruchlosen Weise wie toll seinem Schicksale entgegen.

Achtb. Blair hob hervor, daß der Congreß nur nach dem einfachen und klaren Sinne der Constitution zu handeln im Begriff stände und daß Herren von der anderen Seite daher (Dem.) nicht nöthig hätten, denselben zu warnen.

Achtb. J. F. Driggs sagte, daß wenn die ganze demokratische Partei und alle Anderen, die gegen Impeachment sind, den Congreß mit ihrer Rache bedrohen, er doch hoffe, daß kein Mitglied des Hauses sich durch diese Drohungen abschrecken lassen werde, für dasselbe zu stimmen.

Achtb E. B. Washburne erklärte, daß er früher nicht für Impeachment gewesen sei, weil er nicht geglaubt habe, daß Johnson eine That begangen habe, die eine Anklage rechtfertige und weil er der Meinung gewesen sei, daß der Präsident durch die drohende Gefahr, welche damals über seinem Haupte geschwebt habe, davor gewarnt werden würde, weiter zu gehen aber er habe sich getäuscht, die Geduld, die man mit ihm gehabt, habe ihn nur um so kühner gemacht, sind eine Aufmunterung für ihn gewesen zu weiteren und schlimmeren Uebertretungen. Jetzt aber sei die Zeit gekommen, wo Andrew Johnson in Anklagezustand versetzt, werden müsse, für das letzte große Verbrechen, welches er gegen die Constitution begangen habe.

Achtb. G. W. Woodward (Pa.) hielt eine lange Rede gegen Impeachment und erwähnte besonders, daß Stanton's Fall durchaus nicht unter die Jurisdiction des Amtsdauergesetzes käme. Er suchte dann den Präsidenten in das beste Licht zu stellen und zu beweisen, daß er nur das Wohl des Vaterlandes gewollt habe.

Der Congreß würde viel besser daran thun, einen solchen Mann zu unterstützen, als das Geld des Volkes zu verschwenden und seine Zeit zu verlieren, einen treuen Diener des Staates zu impeachen. Er leugne, dem Senate das Recht, den Präsidenten zu impeachen, und sollte er selbst (Woodward) angeklagt werden. Das Haus wäre nicht, wie es die Constitution vorschreibt, aus Mitgliedern zusammengesetzt, welche von den einzelnen Staaten gewählt wären; ebenso wenig der Senat, aus zwei Senatoren aus jedem Staat.

Er wendete sich an den Sprecher, schließlich mit folgenden Worten: Herr Sprecher, ich bin so sicher, daß das amerikanische Volk diesen Einspruch beachten wird, daß, wäre ich der Anwalt des Präsidenten, ich ihm rathen würde, eine Proclamation zu erlassen, in welcher er erklären müßte, daß er sich für unanklagbar halte und daß er niemals sein Amt abgeben walle an die unregelmäßigen, unconstitutionellen und unvollständigen Körperschaften, welche beabsichtigen, ihm dasselbe abzunehmen. Diese Proclamation, mit der Flotte und der Armee in seinen Händen, würde freudig begrüßt werden, und dem Impeachment und den Impeachern ein Ende machen. Schöne Sprache eines Pennsylvaniers.

Wilson, Iowa, sprach zu Gunsten des Impeachments.

Ungeheure Aufregung über die Debatte.

Der Zudrang von Zuschauern auf den Gallerien des Hauses war ohne Gleichen in der Geschichte des Landes. Ein Detachement Stadt-Polizeisoldaten war dorthin beordert worden, die Ordnung aufrecht und die Passagen offen zu erhalten. Jeder Zoll breit Raum war besetzt und eine ungeheure Menschenmenge stand selbst noch draußen auf den Vorplätzen, wo kein Wort von den Verhandlungen zu hören war.

Andrew Johnson wird nicht Gewalt gebrauchen.

Andrew Johnson war am Montag schon bedeutend entmuthigt und zeigte nicht mehr die freche Miene, wie in den letzten Tagen. Er sagte beiläufig zu einem Freunde, er werde keine Gewalt gebrauchen, um seine Autorität zu behaupten; er sei damit zufrieden, daß die Angelegenheit durch das Oberbundesgericht entschieden werde; auch er stehe unter dem Gesetze und werde letzteres nicht verletzen.

In Bezug auf Impeachment sagte er, daß die Handlung des Senats, wenn derselbe ihn in Anklagezustand versetzte, nicht entgültig sei, daß er vielmehr an das Oberbundesgericht appelliren werde, und daß die Radikalen ihn nicht absetzen können, so lange der Prozeß schwebe. Johnsons Freunde entgegneten ihm, daß es vom Senat keine Appellation gebe, wenn dieser ihn einmal in Anklagezustand versetzt habe. Der Präsident wollte aber diese Ansicht nicht gelten lassen und behauptete, daß er auf Anrathen sehr tüchtiger Advokaten so handle.

Johnsons Botschaft an den Senat zeigt daß sein Muth flöten geht.

Die Botschaft des Präsidenten, in der er anzeigt daß er nun den Achtb. Thomas Ewing, Sr., als Kriegssecretär nominirt, ist noch nicht im Senat verlesen und wird dies auch erst geschehen, wenn der Senat in Executivsitzung übergeht, da sie confidentiell ist. Ihr Inhalt ist jedoch vielen Senatoren und Anderen bekannt, da sie die letzte halbe Stunde durch von Senator zu Senator ging. Die, welche sie gelesen haben, sagen, daß sie in einem rechtfertigenden Tone gehalten ist und anzeigt, daß Johnson so disponirt ist, daß er von seiner gegenwärtigen Stellung sich zurückziehen würde, wenn er könne. Doch Senat und Haus werden dies nicht gestatten, sondern die Impeachmentangelegenheit vorwärts gehen lassen.

Der Präsident schließt seine Botschaft mit einer Anfrage, ob ein Mann wegen Rechtsverdrehung abgesetzt werden kann. Dies dient als ein Zeichen, daß er furchtsam wird.

Ferner vertheidigt der Präsident seine Handlung in der Botschaft, indem er sich auf den Act von 1787 über die Organisation des Kriegsdepartements beruft.

Thomas wird Krank und legte sich zu Bett.

General Thomas ging, nach seinem Feldzuge im Kriegsministerium am Montag nach seiner Wohnung an H nahe der 10. Straße, um sich zur Ruhe, zu legen, und sagte, daß er nicht wohl sei und an jenen Tage nicht mehr herauskommen werde.

Die Abstimmung.—Der Würfel ist gefallen.—128 zu 47.—Jeder Republikaner bleibt treu seiner Fahne.—

Das Haus stimmte gemäß der am Samstag Nachmittag getroffenen Verabredung um 5 Uhr über den Impeachmentbeschluß der Reconstruktions-Committee ab. Jeder Republikaner stimmte dafür und jeder Demokrat dagegen.

Der Beschluß wurde mit 128 gegen 47 Stimmen angenommen.

Herr Stevens hatte die Erlaubniß erhalten, eine halbe Stunde vor der Abstimmung zu sprechen. Seine Bemerkungen waren nieder geschrieben und wurden vom Clerk verlesen.

Die Demokraten hatten vor der Abstimmung mannigfache Anstrengungen zur Vertagung gemacht, jedoch vergebens.

Warum Andrew Johnson impeacht werden mußte.

Johnson gibt als Entschuldigung für sein Verletzung des Amtsdauergesetzes an, daß er dadurch eine Prüfung der Constitutionalität desselben Seitens der Gerichte habe veranlassen wollen.

Er gesteht also die Verletzung zu, und wenn dieselbe zu einem gewissen Zwecke begangen worden war, so ist sie selbstverständlich absichtlich, und unter vollkommener Erkenntniß ihres Characters verübt, mithin den Prinzipien des Strafrechtes gemäß, straffällig. Wollten wir nun seine angebliche Absicht einen congressionellen Erlaß einer unter anderen Umständen ihm gewiß zuständigen Prüfung zu unterwerfen, als Entschuldigung für seinen Landesverrath gelten lassen, so hat sicher der Erzverräther Jeff Davis denselben Anspruch auf Entschuldigung. Letzterer war ebenso fest überzeugt von dem constitutionellen Rechte der Staaten zu secediren, wie Andrew Johnson von seinem Rechte über die Ab- und Einsetzung des Kriegssecretärs. Jener wollte seine Meinung durch die Rebellion vindiciren, dieser durch die versuchte gewaltsame Entfernung Stantons. Sei es nun aber auch wirklich nur Johnsons Absicht gewesen, die Constitutionalität des Amtsdauergesetzes zu prüfen, woran Niemand, der seine Handlungen während der ganzen Dauer seines Amtstermins verfolgt hat, glauben kann, so verdiente schon die Dummheit, mit welcher er solche Prüfung herbeizuführen sucht, seine Absetzung wegen so vollständigen Mangels an Erkenntniß der wahren Sachlage, daß daraus leicht eine Unfähigkeit das wichtige Amt eines Präsidenten zu bekleiden, abzuleiten ist.

Wäre der vorliegende Fall das einzige Verbrechen Johnsons so würde der Congreß und die Nation Nachsicht gehabt haben. Aber bei der langen Reihe von Vergehen und Usurpationen, welche seine Amtsverwaltung kennzeichnet und welche er seine Politik nennt, kann er auf Duldsamkeit keine Ansprüche mehr machen, Es lag keine Absicht zur Prüfung über Constitutionalität vor als er gleich zu Anfang, die congressionellen Gesetze, welche die Aufstellung von Rebellen, wie Gen. Humphrey und Gouverneur Sharkey, verboten, überschritt—doch der Congreß drückte ein Auge zu. Seine Usurpation der legislativen Gewalt des Congresses in Bezug auf Reconstruktion waren allein schon eine Reihe von Verbrechen: der Congreß übte Nachsicht wegen Johnsons bekannter Unkenntniß der constitutionellen Gesetze. Der Mißbrauch, den er mit dem Begnadigungsrechte getrieben; seine Bestechungen zum Betrug an der Partei, die ihn selbst gewählt hatte; seine Gemeinschaft mit den Rebellen und Verräthern bei ihren Unruhestiftungen in Memphis und New Orleans; seine Betrunkenheit während er den Amtseid leistete; seine Verletzung des Amtseides und seiner constitutionellen Pflichten durch Verstoßung der hervorragendsten Kriegshelden und treuesten Civilbeamten hätten alle schon vor Monaten Impeachment, Uebertührung und Absetzung verdient—doch der Congreß hatte Nachsicht und vergab ihm seine Sünden.

Als Andrew Johnson aber, sicher gemacht durch die lange Duldsamkeit des Congresses, seinen Verbrechen durch die jüngste Usurpation die Krone aufsetzte, eine That beging, die mit ihren Consequenzen ihn in kürzester Frist hätten zum Dictator machen können, konnte und durfte der Congreß nicht mehr müßig zusehen, konnte, keine Vergebung mehr geübt werden. Denn, wenn es in des Präsidenten Macht stände, alle Militär und Civilbeamten, ohne die Zustimmung des Senates ab und andere ad interim dafür einzusetzen, so könnte es ihm auch einfallen, Lee an Grants Stelle zu setzen, alle loyalen Beamten des Landes durch Verräther zu ersetzen, und so sich zum Dictator machen, den Congreß auflösen, oder irgend welches andere Verbrechen begehen, zu welchem unumschränkte Macht Gelegenheit bietet, wenn diese Macht mit Verrath und Gemeinheit im Bunde steht.

Darum mußte Andrew Johnson impeacht werden.

Das Impeachment.

Die Aufregung läßt nach.

Das Haus nimmt seine gewöhnlichen Geschäfte wieder auf.

Das Impeachment im Senat.

Dasselbe wird einer Committee überwiesen.

Waschington, 25. Febr. Die Aufregung ist so ziemlich vorüber; die Angelegenheiten gehen ihren früheren ruhigen Gang; es wird als Thatsache angenommen, daß Andrew Johnson innerhalb 30 Tagen abgesetzt und Herr Wade seinen Sitz einnimmt.

Die Committee, welche die Anklage gegen Andrew Johnson aufsetzen soll, hat die Zeit für ihr Zusammentreten noch nicht bestimmt. Wie es heißt, wollen sie die Generäle Grant und Emory veranlassen, zu bezeugen, daß der Präsident Truppen verlangt habe, um Stanton aus dem Kriegsdepartement zu zwingen.

Heute soll in dem Hause ein Beschluß gefaßt werden, der das Haus ermächtigt, die Ordnung in irgend einem Tage aufzuheben, so daß die Committee im Stande ist, ihre Anklageartikel dem Hause vorzulegen, sobald sie fertig sind, ohne von den Demokraten unnöthiger Weise verhindert zu werden.

Stevens und Bingham vor dem hohen Tribunal.

Sie klagen den Präsidenten des Hochverraths an.

Waschington, 25. Feb. Das Haus erledigt heute die Geschäfte, welche sonst am Montag vorgenommen werden. Dieselben waren der Impeachmentverhandlungen wegen verschoben worden

Der Senat war heute der Hauptanziehungspunkt.

Um 1½ Uhr erschienen die Repräsentanten Stevens und Bingham an der Thüre. Sie waren begleitet von einer großen Anzahl von anderen Repräsentanten, welche den Verhandlungen beizuwohnen wünschten. Der Thürsteher kündigte eine Committee vom Repräsentantenhause an, und der Vorsitzende ließ sie sofort eintreten.

Herr Stevens sagte hierauf: „Gehorsam einem Befehle des Repräsentantenhauses erscheinen wir vor Ihnen, im Namen des Letzteren, und im Namen des ganzen Volkes der Ver. Staaten klagen wir Andrew Johnson, den Präsidenten der Ver. Staaten, des Hochverraths und schwerer Amtsverbrechen an, und wir berichten zugleich, daß das Haus der Repräsentanten zu gehöriger Zeit Anklageartikel gegen ihn ausfertigen und zu beweisen suchen wird, und im Namen des genannten Körpers verlangen wir, daß der Senat verfüge, daß der besagte Andrew Johnson erscheine und sich gegen die Anklage verantworte.“

Präsident Wade antwortete, der Senat werde Maßregeln bezüglich der Angelegenheit treffen.

Scheintod.

Aus Aberdeen Miss. wird, so schreibt die „Tennesse Staatszeitung“, ein Vorfall gemeldet, welcher ganz geeignet ist, unser Nachdenken zu veranlassen, da wir durch denselben an eine der furchtbarsten Gefahren erinnert werden, welche einen Menschen bedrohen können, der nämlich, lebendig begraben zu werden. Ein kleiner Junge, war, wie man glaubte, gestorben und der Sitte gemäß wurde bei der Leiche gewacht. Zwei weibliche Verwandte der Familie und ein Negermädchen hatten in den frühen Morgenstunden die Wachen vorzunehmen, wobei aber die Negerin vom Schlafe überwältigt wurde. Eine der beiden Cousinen, denen das Herz bei dem vermeintlichen Todesfall nicht sehr geblutet zu haben scheint, machte sich den bei solchen Gelegenheiten zwar unpassenden, hier aber in seinen Folgen höchst wohlthätigen Spaß, die Negerin derb mit einer Nadel zu stechen, um sie zu erwecken. Mit einem lauten Schrei fuhr diese von ihrem Sitze neben der Leiche empor und sofort richtete sich auch der kleine Todtgeglaubte auf, welcher durch den Schrei aus seiner Erstarrung geweckt worden war. Das Kind befindet sich wieder vollkommen wohl und wäre vielleicht einige Stunden später lebendig in die Gruft gesenkt worden.

Die außerordentliche Eile, mit welcher man hier die Gestorbenen unter die Erde schafft, der wahrschaft frevelhafte Leichtsinn, mit welchem